

Den 19. November 1956

An den
Bundesminister für Verteidigung
Herrn Franz-Josef Strauß

Bonn
Argelanderstr. 105

I In mündlicher Besprechung
janzweit ab.

II 3 pers. Akt.

Kumpf

8.2.57

Sehr verehrter Herr Bundesminister!

Manche Pressemeldungen der letzten Monate lassen die Deutung zu, die Bundesregierung erwäge ernstlich die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Wir, die Unterzeichneten, haben in privaten Gesprächen festgestellt, daß jeder einzelne von uns über diesen Gedanken tief beunruhigt ist, da wir bisher den Verzicht der Bundesregierung auf Atomwaffen für endgültig gehalten hatten.

Die großen Schwierigkeiten der wehrpolitischen Entscheidungen sind uns bewußt. Wir beanspruchen nicht, das politische Für und Wider im einzelnen zu durchschauen. Wir sind Fachleute der Atomforschung und nicht der Politik. Zu dieser Frage aber eine eindeutige Stellung zu gewinnen und auszusprechen ist eine Pflicht, die unsere Tätigkeit in diesem Gebiet uns auferlegt. Wir erleben heute in Deutschland eine große freiwillige Anstrengung, die Atomkräfte für friedliche Zwecke nutzbar zu machen. Wir selbst sind mit dafür verantwortlich, daß viele junge Wissenschaftler und Techniker sich diesem Gebiet zuwenden. Wir können nicht verantworten, daß die Tätigkeit dieser jungen Menschen Zielen zugewendet wird, die wir für ein Unglück halten müssen. Wir wissen, was Atomwaffen heute sind, und wir können vielleicht am ehesten abschätzen, was sie noch werden können. Deshalb wenden wir uns an Sie, Herr Bundesminister, und in einem gleichlautenden Schreiben an den Herrn Bundesminister für Atomfragen, um unsere Auffassung darzulegen.

Wir sehen nach reiflicher Überlegung aller uns zugänglichen Argumente in einer Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen den falschen Weg. Wir sehen in ihr eine Gefahr für Deutschland und einen Nutzen für niemanden.

Die Gefahr, daß ein lokaler Konflikt, zumal wenn in ihm Atomwaffen eingesetzt würden, zu einem vernichtenden Weltkrieg aufflammen würde, ist

heute jedermann bekannt. Unter diesen Umständen scheint es uns schon der Welt gegenüber unverantwortlich, den Zündstoff zu vermehren, indem man einen kleinen Staat wie die Bundesrepublik mit Atomwaffen ausrüstet.

Fast noch unverantwortlicher erschiene uns dies gegenüber Deutschland selbst. Deutsche Atomwaffen würden die Gefahr totaler Zerstörung Deutschlands im Ernstfalle heraufbeschwören, ohne uns vor dem Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes wirklich zu sichern. Insbesondere würde die Herstellung und Lagerung von Atomwaffen im Gebiet der Bundesrepublik im Ernstfall feindliche Atomangriffe geradezu provozieren, und im Frieden im Osten und im Westen Mißtrauen gegen die Bundesrepublik erzeugen.

Auch sogenannte taktische Atomwaffen, in großer Zahl eingesetzt, übertreffen die Bomben von Hiroshima und Nagasaki an zerstörender Wirkung. Auch sie tragen mit dem zutreffenden Namen "Atomwaffen" in sich die Gefahr, durch Vergeltung und Wiedervergeltung einen Krieg der totalen Vernichtung zu entzünden.

Deutschlands Sicherheit kann daher unserer Überzeugung nach nicht in der Teilnahme eines deutschen Staates an der Atomrüstung liegen. Wir glauben umgekehrt, daß nur ein ausdrücklicher und freiwilliger Verzicht auf Atomwaffen uns das Maß an Sicherheit geben kann, das heute überhaupt möglich ist.

Es kann sein, daß in einer globalen Planung der westlichen Verteidigung erwogen wird, auch das deutsche Kontingent mit taktischen Atomwaffen auszurüsten. Wir können hierin einen Wunsch strategischer Zweckmäßigkeit sehen, aber kein absolutes militärisches Erfordernis, das die damit verbundene Gefährdung rechtfertigen könnte.

Dies, Herr Bundesminister, ist unsere Überzeugung. Wir dürfen Ihnen nicht verhehlen, daß keiner von uns bereit wäre, an einer deutschen Atomwaffenproduktion mitzuarbeiten.

Indem wir dies aussprechen, möchten wir zugleich auf das Entschiedenste betonen, daß wir, wenn irgend möglich, in dieser Frage wie in allen anderen Fragen unseres Faches in vollem Einvernehmen mit der Bundesregierung handeln möchten. Wir sind für die große Hilfe, welche das Atomministerium unter Ihrer Leitung der friedlichen Atomforschung und -technik zu geben begonnen hat, sehr dankbar und wünschen nichts als mit diesem Ministerium weiter in voller Loyalität zusammen zu arbeiten. Wir würden es sehr bedauern, wenn unsere Argumente zur Erzeugung öffentlicher Panikstimmungen mißbraucht würden, wie das in der letzten Zeit leider sogar gegen das friedliche Atom-

programm versucht worden ist. Deshalb haben wir uns in diesem Brief an Sie und an den Herrn Bundesminister für Atomfragen als die beiden zuständigen Minister gewandt und bitten Sie, unsere Besorgnisse zu beruhigen. Sie werden verstehen, daß wir in der Öffentlichkeit nicht würden schweigen können, wenn die jetzige oder eine spätere Bundesregierung die Anschaffung oder Herstellung von Atomwaffen beabsichtigte. Wenn Sie uns jedoch eine bindende Zusicherung geben können, daß unsere Besorgnisse grundlos sind, so versichern wir Sie, daß wir diesen unseren Schritt der Öffentlichkeit gegenüber völlig vertraulich behandeln werden.

Mit dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung
sind wir

Ihre sehr ergebenen

Otto Hahn

C.F. Weizsäcker

J. Mattauch

W. Heisenberg

W. Walcher

W. Bothe

Hans Kopfermann

Otto Haxel

W. Gentner

Fritz Bopp

Heinz Maier-Leibnitz

W. Riezler

W. Jentschke

F.A. Paneth

Otto Hahn

C.F. v. Weizsäcker

J. Mattauch

W. Heisenberg

W. Walcher

W. Bothe

Hans Kopfermann

Otto Haxel

W. Gentner

Fritz Bopp

Heinz Maier-Leibnitz

W. Riezler

W. Jentschke

F.A. Paneth